

I. Vorlage

- ☐ zur Beschlussfassung
☒ als Bericht

Gremium	Verkehrsausschuss
Sitzungsteil	öffentlich
Datum	06.11.2006

bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
		einst.	mit Mehrheit				
1			angen.	abgel.			
2							
3							

Betreff

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Eigenen Heim

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom
 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.07.2006

Anlagen

Beschlussvorschlag

Sachverhalt

Hinsichtlich des Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um die Örtlichkeit handelt, für die ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion (siehe TOP 4) vorliegt. Insoweit wird auf diesen TOP verwiesen.

Kinder bis zum vollendeten 8. Lebensjahr dürfen nur auf Gehwegen mit dem Rad fahren. Im Eigenen Heim stehen hierfür ausreichend Gehwege zur Verfügung. Ab dem 8. Lebensjahr bis zum vollendeten 10. Lebensjahr dürfen Kinder freiwillig auf dem Gehweg radeln. Erst ab dem

10. Lebensjahr müssen auch Kinder die Fahrbahn benutzen. Dies ist im Bereich der Wohnstraßen im Eigenen Heim zumutbar. Die Friedrich-Ebert-Straße weist natürlich eine höhere Verkehrsbelastung als die Wohnstraße auf, dennoch ist es auch hier zu verantworten, dass Kinder mit dem Fahrrad die Fahrbahn benutzen. Der Fahrbahnquerschnitt der Friedrich-Ebert-Straße lässt die Einrichtung von Radwegen auf der Fahrbahn nicht zu. Die Öffnung der Gehwege entlang der Friedrich-Ebert-Straße muss noch geprüft werden.

Inwieweit das nichtamtliche Hinweisschild „Freiwillig 30“ falsch stehen soll, bedarf einer näheren Erläuterung.

Auf die Bereitsstellung von Schulweghelfern hat die Stadt keinen direkten Einfluß. Solange aus den Reihen der Bevölkerung keine Bereitschaft für Schulwegdienste besteht, sind der Stadt die Hände gebunden.

Die Straßenverkehrsbehörde kann keine Übungsflächen für die Fahrradprüfung bereitstellen. Die Grundschule verfügt über einen Pausenhof, auf dem u.U. die Fahrübungen absolviert werden können.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
☐ nein	☐ ja	☐ nein	☐ ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt		Budget-Nr.	
☐ nein	☐ ja	im	☐ Vwhh ☐ Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	☐ RA ☐ RpA	☐ weitere:	☐
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		☐ ja	☐ nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		☐ ja	☐ nein

II. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III.

Fürth, 18.10.2006

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Gleißner

Tel.:
2240